Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

15.01.1932 (Nr. 12)

Visual Library

LZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 15. Januar 1932 • Nummer 12

Hitler wieder in Berlin

Berlin, 15. Jan. Der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, trifft heute abend oder morgen früh in Berlin ein, um bei dem Termin anwesend zu sein, der in dem von Stennes gegen Hitler angestrengten Beleidigungsprozeß für Sonnabend anberaumt worden ist.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15 Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM. 1,90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gesp Nonp.-Zeile Rm. 0,25, auswärts Rm. 0,30, im Textteil die 4gespalt. Textzeile Rm. 0,80, auswärts Rm. 1,—. Stellengesuche u. Familien-Anzeigen Rm. 0,10. Kleine Anzeigen Rm. 0,15. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Der Kampf um die Tribute

Englands Stellungsnahme: Tribute praktisch erledigt! - Neue Verbotswelle BrüningsAntwort? - SA.-Heime in Schlesien und Berlin geschlossen

Brüning unmöglich!

Von Alfred Rosenberg

Nur mit steigendem Ekel kann man die Systempresse und ihre Kommentare zur Ablehnung Hitlers gegenüber der Brüning-Aktion zum Schutz der Zentrumsherrschaft verfolgen. Schon während der Unterhandlungen hetzte diese ganze Presse in jämmerlichster Weise, während die nationalsozialistischen Blätter mustergültige Disziplin bewahrten, jetzt versucht die Fournaille, uns die Schuld zuzuschieben, weil Adolf Hitler nach ernstester Prüfung aller Umstände schon aus verfassungsrechtlichen Ueberlegungen die — ungenaue Unterrichtung des Reichspräsidenten durch die Zentrumsjuristen zurückweisen mußte. Er hatte seine Legalität beschworen und mußte deshalb nach Prüfung der in Betracht kommenden Artikel der Verfassung zur Ueberzeugung gelangen, daß seitens der Zentrumsregierung der Reichspräsident in unqualifizierbarer Weise — beraten worden war. Deshalb bot ihm die Gewissenspflicht, gegen die Selbsterhaltungsaktion Dr. Brünings aufzutreten. Diese eherne Sachlichkeit ist es, welche die bisherigen Hüter des Weimarer Kapitols geradezu in Tollwut versetzt hat, wobei die schwarzrote Parteienpresse in dem Vorgehen Dr. Brünings — gleich was er sich dabei gedacht hatte — einen Uebertölpelungsversuch gegen den Nationalsozialismus erblickte, dabei auch wohl mit Recht annahm, daß Brünings dringendes Telegramm an Adolf Hitler ein richtiger Hilferuf gewesen war.

Tatsächlich! Man stelle sich vor, daß Dr. Brüning noch vor wenigen Wochen hochoffiziell den Führer der deutschen Freiheitsbewegung in seiner Rundfunkrede in heftigster Weise angegriffen, daß er noch ganz kürzlich vor ausländischen Vertretern den Nationalsozialismus als „Weltgefahr" hingestellt hatte. Und nun wurde plötzlich der Führer dieser „Weltgefahr" gebeten, unter Vorschiebung Hindenburgs die politische Lebensdauer desselben Herrn Brüning zu verlängern. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, **daß in den Tagen, die zwischen dem letzten Angriff und dem Telegramm liegen, der immer noch amtierende Reichskanzler von sehr autoritativer ausländischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden war, daß er nicht mehr recht verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung, da ja kein Volk mehr hinter der Regierung stünde.** Mir wurde schon im Dezember 1931 in London von einer dortigen Botschaft eines Großstaates bekanntgegeben, daß mit der jetzigen Reichsregierung keine dauernden Abmachungen getroffen werden könnten. Und mittlerweile ist noch mehr von der „Autorität" Dr. Brünings abgebröckelt!

Ein geradezu selbstvernichtendes Urteil über die Folgen der Brüning-Politik hat soeben die offiziöse Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei ausgesprochen. Sie schreibt inmitten von Wutausfällen gegen Hitler und Hugenberg, in einem „vielleicht weltgeschichtlichen Augenblick" habe „sich die nationale Opposition" in Deutschland für das Verbleiben in der Niederung und gegen den Höhenflug entschieden." Der blutunterlaufene Haß der patentchristlichen Nächstenliebe des Zentrums in Bayern ist ein schlechter Berater gewesen. Denn aus diesem Geständnis geht hervor, daß auch nach Anschauung der BVP. wir dank der Zentrumsregierung Brüning uns in hoffnungsloser Niederung befinden, und daß ein Höhenflug nur durch Adolf Hitler zu erwarten sei!

Es wäre nun gewissenlos an der deutschen Nation gehandelt, wollte Adolf Hitler seine große Bewegung von sich aus jenen anvertrauen, die uns an den jetzt zugegebenen Abgrund geführt haben. Seine Ablehnung ergab sich also nicht nur aus verfassungsrechtlichen, sondern auch aus politisch-moralischen Gründen. Seine Bemühungen gingen aber dahin, den an den Machenschaften unschuldigen Reichspräsidenten aus dem Strudel des Kampfes herauslassen, **und wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß im Büro des Reichspräsidenten diese Haltung verstanden worden ist.**

Die Denkschrift Adolf Hitlers an den Reichspräsidenten wird nebst ergänzenden Ausführungen zu gegebener Zeit veröffentlicht werden. Wir glauben nicht, daß Herr Dr. Brüning daran seine ungetrübte Freude haben wird. Aus der Gesamtheit der Vorfälle aber ist Dr. Brüning heute unmöglicher als jemals früher.

Wann zieht er endlich die Konsequenzen?

England in Lausanne

Wichtige Verhandlungen mit Beneduce in London

London, 14. Jan. Das englische Kabinett erörterte am Donnerstag wiederum in einer Vollsitzung die Tributfrage und die Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz. Endgültige Beschlüsse wurden auch jetzt noch nicht gefaßt. Zunächst will die Regierung die Verhandlung zwischen den englischen und italienischen Finanzsachverständigen abwarten, die am Freitag in London stattfinden. Zu diesem Zweck hat sich der italienische Finanzsachverständige Beneduce nach London begeben, wo er am Donnerstag abend erwartet wird. Den Verhandlungen mißt man im Hinblick auf die letzten Mussolini-Artikel in der italienischen Presse eine erhebliche Bedeutung bei, ganz besonders soweit die Beratungen über die mögliche Haltung Amerikas in Frage kommen.

Aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet ferner, daß der französische Plan, die ungeschützten Tributzahlungen durch deutsche Eisenbahnbonds abzudecken, in London als tot betrachtet wird. Die englische Regierung habe diesen Plan niemals angenommen und die dagegen erhobenen Bedenken seien so schwerwiegender Natur für die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft, daß man diesen Weg nicht für gangbar halte.

Endlich glauben politische Kreise zu wissen, daß der Plan der City, wonach die Lausanner Konferenz zunächst nur eine Ausdehnung des Tributmoratoriums beschließen und dann in einigen Monaten nach Klärung der inneren Lage in Deutschland und Frankreich — vielleicht auch in Amerika — Verhandlungen über eine endgültige Lösung des Problems der Regierungsschulden aufgenommen werden sollen, jetzt die Gunst des Kabinetts gefunden habe, denn er sei zunächst ohne große Schwierigkeiten für England, Frankreich und Deutschland annehmbar und umgehe die umstrittene Frage eines längeren Moratoriums.

„Die Tribute praktisch erledigt".

London, 15. Jan. Wie „Financial Times" meldet, richte sich die Aufmerksamkeit des englischen Kabinetts darauf, eine Methode zu finden, nach der noch vor Eröffnung der Lausanner Konferenz eine günstige internationale Atmosphäre geschaffen werden könne. Laval habe nämlich, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet, gewisse ausländische Vertreter in Paris dahingehend verständigt, daß Frankreich die Tributkonferenz nur beschicken werde, wenn vorher ein vorläufiges Einvernehmen mit England und Deutschland erzielt worden sei. Die englische Regierung werde sich nicht damit abfinden, **die schwierigen, aber wichtigen Fragen auf die lange Bank zu schieben, indem man sie Sachverständigenausschüssen überweise,** wie es offenbar die Politik der Lausanner Konferenz zu werden scheine. Von diesem Standpunkte aus betrachtet, habe man auch Zweifel an dem Vorschlag Mussolinis, eine Art Schuldner-Vereinigung gegenüber Amerika zu bilden. England wolle die Erörterungen im übrigen auf die Tribute beschränken und sie nicht auf die Kriegsschulden ausdehnen. „Financial Times" erklärt weiter, es verstärke sich die Ansicht, daß die Tribute unbeschadet des Ergebnisses der Lausanner Konferenz praktisch erledigt seien und daß **selbst die Halsstarrigkeit der Franzosen und ihr Widerstand, die Tributzahlungen nicht am Leben erhalten werde.** Diese Ansicht sei durch die Erklärung Mussolinis und durch Berichte verstärkt worden, wonach das englische Kabinett mit der City dahin übereinstimme, daß es besser sei, die Tribute abzuschaffen anstatt sie nur herabzusetzen.

Polizeiterror gegen SA.

SA.-Heime geschlossen

Schließung der Berliner SA.-Heime
Gemeinsame polizeiliche Maßnahmen auch in anderen Gebieten
Hitler-Jugend verboten

Berlin, 14. Jan. **Der planmäßige Verfolgungskampf der Berliner Polizei gegen die SA. hat zur Schließung von zwei weiteren Verkehrslokalen in Berlin geführt. Das Verkehrslokal in der Huttenstraße in Moabit wurde auf Antrag des Polizeipräsidenten auf Grund der dritten Notverordnung zunächst für vier Wochen für die Zeit von sechs Uhr abends bis sechs Uhr morgens geschlossen. In der Begründung dieser Maßnahme wird darauf hingewiesen, daß die Schließung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist, weil die Besorgnis besteht, daß das Verkehrslokal als Stützpunkt für Gewalttaten gegen Personen und Sachen dienen könnte.**

Ferner hat der Polizeipräsident aus den gleichen Gründen die Schließung des nationalsozialistischen Verkehrslokals in der Hebbelstraße in Charlottenburg auf die Dauer von zwei Monaten ebenfalls für die Zeit von sechs Uhr abends bis sechs Uhr morgen verfügt.

Der Polizeipräsident in Gleiwitz in Oberschlesien hat die SA.-Heime in Gleiwitz und Hindenburg ebenfalls auf Grund der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten geschlossen. Außerdem hat der Polizeipräsident auf Grund der gleichen Notverordnung der Besitzerin des Bahnhofshotels in Gleiwitz die Erlaubnis zum Betrieb ihrer Gast- und Schankwirtschaft auf die Dauer eines Monats mit sofortiger Wirkung entzogen. Als weitere Maßnahme der Berliner Polizei gegen die NSDAP. ist festzustellen, daß am Mittwochabend die in den Germania-Sälen stattfindende Versammlung der Hitlerjugend von der Polizei geschlossen wurde. Dreißig Hitlerjungen wurden von der Polizei festgenommen. Wie das Polizeipräsidium dazu mitteilt, erfolgte die Schließung der Versammlung und die Festnahme wegen angeblichen Verstoßes gegen das Uniformverbot.

Soeben beklagt die schlesische NSDAP. ihren neunten toten Kameraden.

Von den Behörden wird nichts unternommen, um die schutzlosen Nationalsozialisten zu unterstützen und den marxistischen Terror zu verhindern. Dafür werden die schärfsten Maßnahmen gegen die NSDAP. ergriffen.

Wie bereits berichtet, unternahm am Sonnabend abend zusammengerottetes marxistisches Gesindel einen Sturm auf das Lübener SA.-Heim, der schließlich abgeschlagen werden konnte. Das SA.-Heim ist nun wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" geschlossen worden!

Die SA.-Heime in Gleiwitz und Hindenburg sind polizeilich geschlossen worden.

Der Polizeipräsident hat es nicht für notwendig erachtet, überhaupt eine nähere Begründung für die Schließung der beiden SA.-Heime anzugeben.

Der eigentliche Grund für die Schließung der SA.-Heime ist natürlich auf ganz anderem Gebiete zu suchen. **Man will das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, das sich gerade im oberschlesischen Industriegebiet bei den Bergleuten in der letzten Zeit gezeigt hat, unterbinden. Der Zustrom zu der NSDAP. ist in den letzten Wochen außerordentlich stark geworden.**

England für Endlösung

Berlin, 15. Jan. Berliner Blätter geben eine Reutermeldung aus London wieder, in der es u. a. heißt: Obwohl es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht so aussieht, als ob eine endgültige Regelung der Reparationsfrage erfolgen könnte, würde doch, wie man zu wissen glaubt, die englische Regierung mit einer Zwischenlösung allein nicht zufrieden sein, die nur darauf hinausläuft, daß man auf der Stelle marschiert. Die zuständigen amtlichen britischen Kreise unterstützen einigermaßen die Ansicht, daß ein langfristiges Moratorium nicht genüge; wenn man jetzt keine endgültige Regelung erlangen könne, so wäre es besser, einen Vergleich zu schließen, der die Endlösung beschleunigt, anstatt sie zu vertagen. Dieser Ansicht dürfte es zuzuschreiben sein, wenn die englische Regierung das Reparationsproblem studiert und ihre Bemühungen darauf richtet, den Weg für eine günstigere Stimmung freizumachen, um dadurch eine endgültige Regelung in den Bereich des Möglichen zu rücken. Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung es vorziehen würde, wenn die Kriegsschuldenfrage in Lausanne nicht erörtert würde und die Konferenz sich einzig und allein auf das Reparationsproblem beschränken würde. Im übrigen ist das Datum des 25. Januar feststehend. Man glaubt nicht, daß die Konferenz länger als eine Woche dauern wird.

Amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldenfrage?

London, 15. Jan. Der „Daily Expreß" meldet aus Neuyork, daß ein amerikanischer Frontwechsel in der Kriegsschuldenfrage als sicher betrachtet werde. Die Kongreßmehrheit, die den Ideen Hoovers noch vor einem Monat feindlich gegenübergestanden habe, werde ihre Stellungnahme erneut nachprüfen. Selbst die schärfsten Gegner einer Streichung oder Herabsetzung der Schulden hätten jetzt nach der deutschen Erklärung, daß weitere Tributzahlungen unmöglich seien, erkannt, daß eine Lösung gefunden werden müsse. In Washington spreche man bereits ganz offen die Ansicht aus, daß den Vereinigten Staaten nichts anderes übrig bleiben werde, als entweder die Kriegsschulden freiwillig herabzusetzen oder überhaupt nicht zu erhalten.

Reichsregierung gegen Dr. Frick

Berlin, 15. Jan. Dr. Frick hat in einer Rede in Lindau, über die wir bereits berichteten, erklärt, der Reichskanzler werde in der Tributfrage in Lausanne voraussichtlich das gleiche Schicksal erleiden, das Reichsaußenminister Curtius seinerzeit in der Zollunionsfrage erlitten habe. An zuständiger Reichsstelle wird hierzu unter Hinweis auf das bekannte Interview des Reichskanzlers erklärt, daß diese Aeußerung Fricks auf das allerschärfste zurückgewiesen werden müsse. Es gehe nicht an, daß ein Führer einer großen Partei auf diese Weise dem Auslande das Stichwort gebe, es sei mit einem Umfall der Reichsregierung zu rechnen.

Neue Briefmarken erst Anfang Februar

Berlin, 15. Jan. Die neuen Postgebühren treten am Freitag in Kraft. Die neuen Briefmarken werden jedoch erst Anfang Februar fertiggestellt sein, so daß sich das Publikum vorläufig noch mit den alten Marken behelfen muß.

Amerika soll handeln!

Italien erneut für Schuldenstreichung

Rom, 15. Jan. Der Mailänder „Popolo d'Italia" veröffentlicht heute einen Artikel unter der Ueberschrift: „Vor der vollendeten Tatsache der deutschen Zahlungsunfähigkeit — eine Ansprache an Amerika." Auch dieser Artikel dürfte aus der Feder Mussolinos stammen. Der Artikel geht davon aus, daß Amerika der einzige Staat sei, der niemandem etwas schulde, dafür aber Gläubiger aller sei. Diese Tatsache vereinfache das Problem. Alle seien sich dessen bewußt, daß es früher oder später zur Streichung der deutschen Reparationen kommen müsse. Die deutsche Regierung habe amtlich durch ihre Botschafter mitgeteilt, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, weder heute, noch morgen, noch je. Das sei die vollendete Tatsache und als solche unwiderruflich, weil man nicht annehmen könne, daß Deutschland nicht alle Folgen seines Schrittes vorausbedacht habe. England teile nun mit, daß es keine radikalen Lösungen wünsche. Frankreich finde in der noch unbestimmten Haltung der Vereinigten Staaten einen Grund zur Unnachgiebigkeit. Der Schlüssel liege aber allein in den Händen der Vereinigten Staaten. Was sei zu tun? Solle man Gewaltmaßnahmen ergreifen, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen? Mit welchem Ergebnis? Die Zeit der Ruhrbesetzung sei vorüber. Eine derartige Maßnahme, an der sich in irgendeiner Form zu beteiligen Italien ablehnen werde, sei undenkbar.

Was würde aus Locarno werden und was das Schicksal des Völkerbundes sein. Der einzige Ausweg sei, daß man zwischen den europäischen Staaten mit der Schuldenstreichung beginne und dann Amerika eine gemeinsame Front der europäischen Schuldner zeige. Glaubt ihr, daß die Vereinigten Staaten den Mut hätten, die weiteren Zahlungen ihrer Kredite von den europäischen Staaten zu fordern, die Deutschland eine solche Konzession gemacht hätten? Glaubt ihr, daß die Vereinigten Staaten Europa zwingen würden, den verderblichen Kreislauf, den die Lausanner Konferenz jetzt endgültig brechen soll, wieder neu erstehen zu lassen? Gegenüber einem Willensakt ganz Europas, das durch den gegenseitigen Erlaß der Schulden beweisen würde, daß es die Unterscheidung zwischen Siegern und Besiegten überwunden habe, würden die Vereinigten Staaten nicht den Mut haben, darauf zu bestehen. Diese Auffassung wird in dem Artikel des „Popolo d'Italia" sodann in moralischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht begründet. In diesem Zusammenhang wird auch der günstigen Wirkung gedacht, die das Hoover-Moratorium anfangs gehabt habe, bis die Zeichen der Genesung auslöschten „unter den großen Wasserstrahlen der Prozedur, die die französischen Juristen, die die Finanzberater des Staates nun einmal sind, vornahmen."

Wenn also schon das einjährige Hoover-Moratorium die Welt habe wieder beleben können, so könne man an einer Genesung nicht zweifeln, wenn erst das große Hindernis fortgeräumt sei, das alle Völker augenblicklich in seinem Bann halte. Aber der erste Schritt müsse in Europa geschehen. Man könne nicht verlangen, daß die Vereinigten Staaten die Initiative ergriffen. Europa müsse die Vereinigten Staaten vor eine vollendete Tatsache stellen, ebenso wie die europäischen Gläubiger Deutschlands die vollendete Tatsache seiner Zahlungsunfähigkeit annehmen müßten. Die große Glocke der Wirklichkeit, so schließt der Artikel, klinge mit ihren hämmernden Schlägen zwischen beiden Ufern des Atlantik.

Bedeutung des Nationalsozialismus für die germanische Kultur

Eine Rede des Führers der schwedischen Nationalsozialisten

Hannover, 15. Jan. Der Führer der schwedischen Nationalsozialisten, Dr. Birger Furugard-Stockholm, sprach in einer Versammlung der NSDAP., Ortsgruppe Hannover-West, im Burghaus über die Bedeutung des Nationalsozialismus für die germanische Kultur. Es sei eine infame Lüge, so erklärte der Redner, zu behaupten, daß der Weltkrieg an dem Elend aller Staaten der Welt schuld sei. Schuld an den heutigen Zuständen, nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt, seien die marxistisch-jüdischen Bestrebungen, in allen Zweigen der Wirtschaft und Politik eine Hegemonie zu erlangen. Die heutige Weltkrise sei eine letzte Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel und zur Erreichung dieses Zieles sei die Krise planmäßig herbeigeführt worden. Weil nun Deutschland das Herz des Germanentums sei, zielten die marxistisch-jüdischen Bestrebungen auf die Vernichtung Deutschlands hin. Die äußeren Erscheinungen dieses Kampfes gegen das Germanentum kämen in der Katastrophentheorie von der permanenten Ueberproduktion zum Ausdruck, die zur Arbeitslosigkeit und Verelendung der Völker führe und so den Boden für die Weltrevolution des Marxismus und des Judentums vorbereite. In Versailles habe man das geistig und kulturell höchststehende germanische Volk in Grund und Boden stampfen wollen, weil man geglaubt habe, daß dann keine Kraft mehr aufkommen werde, die den marxistisch-jüdischen Bestrebungen Widerstand leisten könne. Deutschlands politisches Gesicht habe sich aber inzwischen so geändert, daß das Ausland heute mit ganz anderen Augen auf Deutschland schaue als früher. Die ganze Welt schaue heute in Deutschland nur noch auf einen Mann, der den germanischen Völkern den Glauben und die Hoffnung gegeben habe, daß Deutschland als Kern des Germanentums und die germanische Kultur nicht untergehen dürften. **Dieser Mann sei Adolf Hitler, der die größte Volksbewegung der Welt geschaffen habe.** — Im Anschluß daran sprach Bezirksleiter Gutterer-Hannover, über die gegenwärtige politische Lage.

Minister Klagges

„Das Schulwesen im nationalsozialistischen Staat"

Berlin, 13. Jan. Am Mittwoch sprach der nationalsozialistische braunschweigische Staatsminister Dietrich Klagges in einer öffentlichen, von etwa 2000 Lehrern aller Schulgattungen besuchten Versammlung des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes" über die Gestaltung des Schulwesens im nationalsozialistischen Staat. Minister Klagges bekannte sich zwar zur Einheitsschule, warnte aber vor übertriebenen Hoffnungen, da die Einheit des deutschen Volkes nicht durch die Schule, sondern durch eine falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik zerstört worden sei. Die erste Erziehungsmacht im Staat müsse wieder die Familie werden. Der Religionsunterricht müsse in der Einheitsschule von den Konfessionen selbst erteilt werden. Die Zahl der höheren Lehranstalten werde eine starke Einschränkung erfahren, nicht weil sie gering geschätzt würden, sondern weil sie als Vorbereitungsstätten für die Universität zur Vermeidung eines akademischen Proletariats nicht mehr in diesem Umfang erforderlich seien.

Marxisten wollen Hitler „die Hand abhauen"!

Kiel, 13. Jan. Aus Anlaß des sechswöchigen Verbots der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung" fordert die „Kieler Ztg.", der Oberpräsident Kürbis solle nun mit derselben Begründung ein sofortiges Verbot der „Schleswig-Holsteinischen Volksztg." erlassen, und zwar auf Grund der Ausgabe vom Sonnabend, Nr. 7, in der

in einem Gedicht Hitler damit gedroht wird, daß ihm die Hand abgehauen werden soll.

Das sei nicht nur eine Aufhetzung von Volksgenossen, sondern eine Aufreizung zu Gewalttaten gegen einen Führer von immerhin 15 Millionen Deutschen, gegen den Führer der größten Partei Deutschlands überhaupt.

NS.-Mehrheit in der schlesischen Landwirtschaftskammer

In Schlesien finden gegenwärtig die Teil-Wahlen zur Landwirtschaftskammer statt, zu denen auch dort die Nationalsozialisten eigene Listen aufstellten, um einmal einen reinigenden, frischen Geist in die Kammer einzubringen. Aus dem Kreise Guhrau liegen die ersten Ergebnisse vor. Es erhielten hier:

Nationalsozialisten	1862 Stimmen
Landbund	792 Stimmen
Kleinbauernbund	739 Stimmen

Mit über 55 Prozent sämtlicher abgegebener Stimmen erhalten die Nationalsozialisten die beiden Vertreter in der Landwirtschaftskammer. Landbund und Kleinbauernbund erreichten je einen Ersatzmann. Im Kreise Jauer zeigt das Ergebnis folgendes Bild:

Nationalsozialisten	939 Stimmen
Landbund	503 Stimmen

Mit dem schlesischen Landvolk freuen wir uns über diesen neuen Sieg. Die übrigen Ergebnisse werden nicht anders aussehen und verschiedenen Leuten wird der Boden unter den Füßen wanken und verschwinden.

Weitere Sparmaßnahmen in Preußen

Berlin, 14. Jan. Zur Deckung des Fehlbetrages im preußischen Haushalt, dessen Höhe sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, sollen weitere Sachersparnisse vorgenommen werden. An eine Notverordnung wird jedoch nicht gedacht. Finanzminister Dr. Klepper verhandelt gegenwärtig in Bad Gastein mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun darüber, auf welchen Gebieten des Haushalts Abstriche vorgenommen werden können.

Ein drittes Opfer bei Schreiberhau

Breslau, 15. Jan. Das schwere Bobunglück in Schreiberhau hat ein drittes Todesopfer gefordert. Am Donnerstagvormittag ist die Witwe des Amtsgerichtsrats Theising aus Breslau ihren schweren Verletzungen erlegen. Sie hinterläßt eine Tochter, die bei dem Unglück verletzt wurde.

Es ist klar: Da der diesjährige Winter versagt, gibt es im Inventur-Ausverkauf äusserst billig zu kaufen. Der anhaltend grosse Andrang meiner Kundschaft ist der beste Beweis dafür

Herrenhemden doppelte Brust, Mako und wollgemischt . . . 3.95, 1.95 **1.50**
Herrenhosen Mako und wollgemischt . . . 2.95, 1.45, 1.- **85 ₰**
Einsatzhemden mit feinfarbigen Einsätzen . . . 2.95, 1.95, 1.45, **1.00**
Herrenjacken Mako, Kammgarn, wollgemisch . . . 3.90, 1.95, 1.50, **95 ₰**
Herren-Futterhosen . . . alle Größen **1.25**
Posten Kammgarnresten . . . extra Weiten 5.90, **4.90**
Damenschlüpfer hellfarbig . . . 1.-, 75 ₰, **50 ₰**
Damenschlüpfer reine Wolle . . . **1.90**
Damenhosen Reform und ollen, schwere Qualität . . . **5.90**
Damen-Prinzessröcke mit kunstseid. Decke und Futter . . . 2.30, 1.95, **1.30**
Damen-Prinzessröcke Kunstseide . . . alle Größen **2.90**
Damen-Hemdhosen Mako . . . 2.90, 1.90, 95 ₰, **75 ₰**
Auf Bleyle's Strickwaren und Benger's (Dr. Jäger's) Unterzeuge 10% Ermäßigung

Damen-Hemdchen ein gerippt . . . 1.25, 95, 50 **25 ₰**
Damen-Hemdchen reine Wolle . . . 2.25, 1.90 **1.45**
Kinder-Prinzeßröcke mit angerauhtem Futter . . . 1.15, 95, **75 ₰**
Kinder-Schlüpfer moderne Farben . . . 75, 50, **25 ₰**
Damen- und Herren-Unterzeuge leicht angestaubt
sowie schwere Winter-Unterzeuge auch in Extraweit.
mit 20 Prozent Rabatt
Pullover und Westen f. Herren, Damen u. Kinder 3.90, 2.90, 1.90 **90 ₰**
Kinder-Radelgarnituren . . . von **1.90** an
Winterhandschuhe für Herren, Damen u. Kinder, 95, 75, 50 und **25 ₰**
Damenstrümpfe echt ägypt. Mako . . . 1.00, 60, 50, **40 ₰**
Damenstrümpfe Wolle mit Seide . . . 2.25, 1.95 **1.00**
Damenstrümpfe prima Waschseide . . . 1.75, 1.40, 1.00 **85 ₰**
Damenstrümpfe reine Wolle . . . 1.75, 1.50 **1.00**

Handarbeiten, gezeichnete und fertige ganz bedeutend ermäßigt
Gez. Kaffeedecken 160:200 Haustuch, moderne Muster . . . **4.90**
Gez. Kaffeedecken 130:160 Haustuch, weiß und farbig . . . 3.75 **1.95**
Gez. Kaffeedecken 130:130 rund und Quadrat, gezwirntes Halbleinen **3.90**
Gez. Servietten Haustuch . . . 100:100 **1.65** 60:60 **55 ₰**
Fertige Tischdecken, Kissen, Teewärmer etc. nochmals ermäßigt
Kinderstrümpfe reine Wolle, alle Größen . . **25 ₰** bis **60 ₰**
Regenschutz-Gamaschen sportbillig . . . nur **50 ₰**
Kinder-Kniestrümpfe Mako . . . 95, 75, **50 ₰**
Herrensocken . . . 1.50, 1.00 85, 75, 50, **40 ₰**

Friedrich Hagemann
Faulenstraße 4-8
Filiale: Landwehrstraße 115
Erstes Spezialgeschäft in Unterzeugen, Strümpfen, Strickmoden
Gegründet 1796

Dem Gedächtnis des Gewehrkonstrukteurs Wilhelm Mauser

Zum 50jährigen Todestag

Es entspricht dem Grundgehalt unserer Bewegung, die deutsche Arbeitsleistung, das Verdienst des Handarbeiters zu würdigen. Bei keinem könnte diese Forderung in größerer Aufrichtigkeit vom ganzen deutschen Volke erfüllt werden, als gegenüber den Brüdern Wilhelm und Paul Mauser. Sie entstammten wie Dreyse, der Erfinder des Zündnadelgewehrs, dem Arbeiterstande. Ihren Erfindungen verdanken wir einen beträchtlichen Teil unserer Wehrschlagkraft. Denn selbst nach dem Völkerringen von 1914 bis 1918 blieb die letzte Konstruktion Paul Mausers, das Gewehr-Modell 98, das auf Grund der gemeinsamen Errungenschaften der Brüder in den vorausgegangenen Jahrzehnten nur eine folgerechte Weiterentwicklung ihrer Arbeiten bedeutet, unverändert im deutschen Heereswesen erhalten. Ihre Arbeit galt der Förderung der Wehrkraft und Erhaltung des deutschen Volkes. Daher gedenken wir ihrer mit Stolz in wenigen Worten.

Wilhelm Mauser wurde am 2. Mai 1834 zu Oberndorf a. Neckar, als ältester Sohn eines Büchsenmachers der dortigen Gewehrfabrik geboren. Er trat, gemeinsam mit seinem Bruder Paul, im 14. Lebensjahre als Lehrling in die Gewehrwerkstätten, in denen schon sein Vater sein Brot verdient hatte, um das Schlosser-Handwerk zu erlernen. Die dürftigen Verhältnisse des Elternhauses, die engen Grenzen der damaligen sozialen Lebensgestaltung und vorwiegend eine frühzeitig entwickelte Neigung zum Beruf des Vaters hatten diesen Lebensweg für die Söhne bestimmen lassen. Es bleibt daher verständlich, wenn unter väterlicher Anregung in dieser Umgebung die Knaben mit Vorliebe den Gedanken der Gewehrtechnik nachhingen. Eine starke erfinderische Begabung Wilhelm Mausers, der die Veranlagung seines Bruders nicht nachstand, ließ ihn schon früh die Idee neuer Hinterladungssysteme, durch die die Leistungen des bis dahin führenden Zündnadelgewehrs noch übertroffen werden sollten, praktisch verfolgen. Sein Sinnen und rastloses Streben ging dahin, die Gewehrkonstruktionen für die Wehrkraft zu verbessern und mehr und mehr zu vervollkommnen.

An dieser Stelle mögen die authentischen Mitteilungen, welche die Brüder Mauser in der „Allgemeinen Militärzeitung" zu Darmstadt über die Entwicklung ihres Gewehrsystems M-71 veröffentlichen ließen, einen Ueberblick des Werdeganges unserer wichtigsten Handfeuerwaffen, wie auch der Erfolge der Erfinder bieten.

Schon im Jahre 1863 — also noch bevor der deutsch-dänische Krieg von 1864 die Vorzüge des Zündnadelgewehrs vor dem Vorderladungssystem klar gezeigt hatte — begannen die Gebrüder Mauser in Oberndorf Versuche mit Hinterladungsgewehren anzustellen. Das erste, als kriegsbrauchbar erkannte Hinterladungsgewehr, das Ausgangsmodell für die meisten späteren Hinterlader, war das Dreysesche Zündnadelgewehr M-1841. Die ersten Schießresultate der Mauserschen Erfindung zeigten schon beachtliche Fortschritte gegenüber allen bisherigen Gewehren. Dennoch folgten Jahr für Jahr Verbesserungen, so daß im Winter 1865 statt einer Zündnadel ein starker Schlagstift erprobt werden konnte und das Schloß erhielt einen Zylinder-Verschluß nebst beweglichem Schloßkopf. Die Patrone zeigte eine besondere Erneuerung. Die Hülse war aus starkem Papier, so daß dieses bei der Explosion nicht verbrennen konnte. Durch das Geschoß ging ein Kanal für den Durchlaß des Feuers und im hinteren Ende befand sich die Zündmasse in einer kleineren kupfernen Hülse, auf welche der Schlagstift einwirkte. Die Schießresultate waren bei dem Gewehr bis auf eine Entfernung von 800 Schritt noch ziemlich befriedigend, während die größte Visierschußweite der gleichfalls ständig verbesserten Zündnadelgewehre Dreyses allerdings 1000—1200 Meter im Jahre 1896 betrug. Aber unaufhaltsam ersannen die Brüder weitere Verbesserungen und arbeiteten unermüdlich an der immer größeren Vervollkommnung ihrer Erfindung. Sie fertigten die erste Patrone mit Metallboden an, verfeinerten den Schloßmechanismus und steigerten Treffsicherheit und Feuergeschwindigkeit erheblich, wobei der Abschluß der Gase dem Schützen Zielsicherheit und Ruhe beim Anschlag gewährten, im Gegensatz zum französischen Chassepot-Gewehr.

Diese Versuche fielen in das Frühjahr 1866. Bald darauf brach der Krieg in Deutschland aus, nach dessen Beendigung die Brüder Mauser sich in Württemberg keine Hoffnung auf die Verwertung ihrer Erfindungen machen brauchten, denn nach dem Friedensschluß wurde in den süddeutschen Staaten das Zündnadelgewehr, das durch seine schnelle Ladeweise und größere Feuergeschwindigkeit die Ueberlegenheit über die in ballistischer Beziehung viel besseren Vorderlader der Oesterreicher bewiesen hatte, eingeführt. Seit dieser blutigen Erfahrung beeilten sich alle Staaten, jetzt zu Hinterladern überzugehen.

Um Beschäftigung zu finden und zugleich ihre eigenen Erfindungen möglichst zu verwerten, wandten sich die Brüder Mauser nach Lüttich, dessen Waffenfabriken seit vielen Jahren europäischen Ruf hatten. Hier arbeiteten sie zweieinhalb Jahre, während welcher Zeit der Amerikaner Norris sie finanziell unterstützte. Die Aussichtslosigkeit einer Verwertung ihrer Erfindung zwang sie zur Rückkehr nach Oberndorf. Und als ein Jahr später der Krieg gegen Frankreich ausbrach, erwarteten sie mit Spannung die weiteren Ergebnisse des Zündnadelgewehres. Denn, daß dieses seine besten Dienste 1864 und 1866 geleistet hatte, war ihnen nicht verborgen geblieben. Und welche technischen Veränderungen dieser Krieg namentlich auf dem Gebiet der Handfeuerwaffen nach sich ziehen sollte, bewies sein Verlauf. Es bekämpften sich zwei mit Hinterladern ausgerüstete Armeen, wobei Frankreich, dank aufmerksamer Ausnutzung aller wissenschaftlichen und praktischen Ergebnisse die Ueberlegenheit seine Chassepot-Gewehrs M-66 zeigte, das im Gegensatz zum preußischen groß-kalibirigen Gewehr (15,43 Millimeter) außer einem beträchtlich kleineren Kaliber (11 Millimeter) auch eine größere Schußweite aufzuweisen hatte. — Inzwischen waren die Brüder Mauser in nähere Beziehung zur Militärschule in Spandau beizuwohnen. Die hervorragenden Resultate führten zur Annahme und Einführung seines Infanterie-Gewehrs M-71 in das Reichsheer (Bayern folgte 1877), das im Volksmund nun den Namen „Mausergewehr" erhielt. Die Anerkennung für diese Leistung und Verdienst um Heer und Vaterland bekundete Kaiser Wilhelm 1. durch eine Dotation an die Brüder Mauser und verlieh Wilhelm Mauser den Kronenorden 4. Klasse. Die von Preußen gewährte Ehrenspende bot ihnen die Möglichkeit, sich an der Ausnutzung ihrer Erfindung in größerem Umfange selbst zu beteiligen. Sie kauften 1874 die Gewehrfabrik ihrer Heimatstadt und führten sie unter der Firma „Gebr. Mauser u. Co." mit bedeutenden Erweiterungen fort. Unermüdlich in ihrem Erfindungsdrange ersannen sie noch für die deutsche Reiterei eine Hinterladerpistole, ein Revolver- und Repetiergewehr. Auftrage aus vielen Staaten der Erde und Auszeichnungen häuften sich. — Nach dem Tode Wilhelm Mausers führte der jüngere Bruder die Fabrik weiter und entwarf später unser heutiges Infanterie-Gewehr 98. Ihm sollten noch in erhöhtem Maße Dankbarkeit und Ehren zuteil werden. So wurde er 1896 zum Reichstagsabgeordneten gewählt, erhielt den Titel eines königlichen Kommerzienrates und wurde 1912 geadelt.

Fast ohne Geldmittel haben die Brüder als Fabrikarbeiter den Kampf ums Dasein begonnen. Ersparte Geldmittel bei größter Entbehrung, ein zäher Wille und Freude wie Stolz über die fortschreitenden Verbesserungen ließen sie ihre Lebensarbeit für das deutsche Volk vollenden.

Am 13. Januar 1882, noch nicht 48 Jahre alt, starb Wilhelm Mauser in seinem Geburtsort Oberndorf. 600 Arbeiter folgten dem Sarge ihres um die Wehrhaftigkeit seines Vaterlandes hochverdienten Fabrikherrn.

Herbert Wilk, Altona.

Zur ärztlichen Behandlung reif geprügelt

Versammlungsleitung sieht zu wie der SPD.-Saalschutz zwei Personen mit Schlagwerkzeugen bearbeitet

Politische Reibereien hat es von jeher gegeben und wird es auch immer dort geben, wo sich eine Volksmasse wirklich intensiv politisch betätigt. Aber bei allen diesen Feststellungen muß immer eine gewisse Form gewahrt werden. Ganz abgesehen davon, daß Gummiknüppel, Schlagringe, Kanalroiten, Lattenstücke und Fäuste nicht die richtigen Mittel sind, einen politisch Andersdenkenden zu überzeugen. Es ist auch nicht die Uebermacht, die dem einzelnen gegenübersteht, die einen Gesinnungswechsel beschleunigen könnte.

Unser Führer Adolf Hitler, dem man bestimmt nicht nachsagen kann, daß er ein Feigling oder ein Schläger ist, hat die Vorliebe der Marxisten, den mangelnden Geist durch Körperkräfte zu ersetzen, richtig durchschaut. Deshalb wurde die SA. gegründet, deren Aufgabe es ist, die eigenen Versammlungen vor Ruhestörern und Gewalttätigkeiten zu schützen. SPD. und KPD. haben sich in mancher Saalschlacht blutige Köpfe geholt. Manch einzelner Kommunist oder Sozialdemokrat mag wegen ungebührlichen Betragens aus unseren Versammlungen verwiesen sein und wenn er sich sträubte, hat man ihn auch gewaltsam hinausbefördert. Wir verlangen strengste Disziplin in unseren Versammlungen, ebensogut wie sie der Gegner verlangen kann. Aber, wenn die Herren Marxisten meinen, Saalschutz und Disziplin sähen so aus, wie sie es am Mittwochabend in ihrer Wellblech-Front-Versammlung gezeigt haben, dann muß dem energisch widersprochen werden.

Gut, man mag es gelten lassen. Die SPD. hat keine sachlichen Argumente, die sie anführen könnte — so kämpft sie eben mit getarnten Waffen. Nach dem Rezept: „Man hole sich einen Redner (lies Schreier) von möglichst weit her, **damit ja niemand die Wahrheit seiner Schauermärchen kontrollieren kann**, die eigenen Leute sind dumm genug, sie zu glauben!"

Geht man davon aus, keine Gegner in der Versammlung zu haben, so sollte man lieber Mitgliederversammlungen veranstalten oder vorher ankündigen: „Nur für Rote! — sonst Tote!" Andernfalls muß man es sich gefallen lassen, daß sachliche Zwischenrufe gemacht werden. Und wir glauben, daß der Zwischenruf eines Parteigenossen in der Grothewohl-Versammlung, „Das ist nicht wahr!" mehr als sachlich ist. Denn wenn Herr Hackmack von der Volkszeitung, **wider besseres Wissens** behauptet, am 9. November seien im Casino Hetzreden gehalten worden und die SA. hätte nachher ältere **Reichsbannerleute überfallen und schwer mißhandelt, so ist das eine Lüge, wie man sie sich gemeiner nicht denken kann**, weil Herr Hackmack, Tatsachenverdreher der Bremer Volkszeitung, selbst **der Verhandlung des Deckerprozesses beigewohnt hat.** Und was tat die Eiserne Front? Ermahnte sie den Rufer zur Ruhe? Nein, sie wartete solange, bis sich die Welle etwas gelegt hatte, **stürzte dann mit 50 bis 100 Mann von allen Seiten auf ihn und seine Begleiter ein**, wobei nicht zu vergessen ist, daß man sich **untereinander prügelte**, um ja nur schnell heranzukommen, damit die Unglücklichen noch ordentlich eins ausgewischt bekämen. Schwestern und Sanitäter sprangen bereitwillig zur Seite, den Henkersknechten Platz zu machen und **dann wurde von allen Seiten mit Fäusten, Gummiknüppeln und Schlagringen auf die unliebsamen Gäste eingeschlagen, bis sie halb ohnmächtig auf der Straße in den Armen der Polizei landeten. Die Versammlungsleitung freute sich unterdessen des netten Schauspiels und Herr Dreß** Brust wird von der „Disziplin" seiner Rowdys vor Stolz geschwollen sein, **während selbst ältere Sozialdemokraten über die Gemeinheit dieser Handlungsweise den Kopf schüttelten.** Wo bleibt da die Achtung vor dem Gegner, von der Herr Böhm doch bei jeder Gelegenheit spricht? **Oder sollte das etwa der Dank für die Versammlung von Kaffee Hilker sein,** wo sich Sozis und Kozis kurz vorher eine verdiente Abreibung von der Polizei geholt haben? Dort war Herr Hackmack **zu feige,** seine „Meinung" über den Fall Decker und Richter Schmincke zu äußern, obwohl man ihn daran erinnerte. Der Herr „Redakteur" weiß, daß es **Lücken im Gesetzbuch gibt,** wir können ihm aber jetzt schon verraten, seine Lügen **werden nicht verjähren,** sie werden sorgfältig gebucht werden. Und wenn der Tag der Abrechnung da ist, **wird ernsthaft keiner behaupten wollen, der Richter habe mit Herrn Hackmack gemeinsame Sache gemacht.** Bis auf den Tag! Nur immer so weiter im Text, wir können warten.

Aus Bremen

Versammlung im Westen

Am 9. Januar veranstaltete die Sektion Westen ihren ersten Sprechabend im neuen Jahre im Restaurant Tegtmeyer, Utbremerstraße.

Ein Beweis welch' allgemeines Interesse gerade diese Sprechabende erwecken, erbrachte die große Zahl der Teilnehmer an diesem Abend. Nachdem der Sef. die Anwesenden kurz begrüßt hatte, erteilte er unserem Pg. Görres das Wort zu seinen Ausführungen. Letzterer sprach über das Thema: „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen, und Menschenexport in Sicht". Pg. Görres Rede war eine einzige Anklage des gesamten heutigen Systems. Ausgehend von den katastrophalen Auswirkungen der Brüningschen Notverordnungen schilderte er mit treffenden Worten das Versagen **der heutigen Systemparteien.** Besonders die SPD. mußte es sich **gefallen lassen, daß die ganze Charakterlosigkeit** ihrer Politik unsern Besuchern vor Augen geführt wurde.

In seinem Thema „Menschenexport in Sicht", schilderte der Redner mit warnenden Worten die Gefahren, die unseren deutschen Volksgenossen drohen durch die klimatischen Verhältnisse, sowie durch die Behandlung der Franzosen, bei einer evtl. Tätigkeit in den französischen Kolonien. Zum besseren Verständnis dieses Gebietes schilderte unser Referent seine furchtbaren Erlebnisse und Leiden während seiner Gefangenschaft in Frankreich. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einem zündenden Appell an alle Parteigenossen, ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Bewegung zu stellen und mitzukämpfen für die Idee und das Werk unseres Führers Adolf Hitler.

Anschließend sprach unser Pg. Barthel über die Fürsorge unserer Kriegshinterbliebenen und die Ziele der NSVO. — Auch seine Ausführungen fanden dankbare Aufnahme bei unsern Hörern und empfehlen wir allen Parteigenossen unseren Pg. Barthel und die NSVO. in jeder Hinsicht in ihrem sozialen Werke zu unterstützen.

Da sich zur Aussprache niemand gemeldet hatte, schloß der Sef. die Versammlung mit einem dreifachen Siegheil auf unsern obersten Führer mit dem Horst Wessel-Lied.

Vom Arbeitsgericht

Alimentationsforderungen vor dem Arbeitsgericht

Der Kreis der Zuständigkeit des Arbeitsgerichts ist weit gezogen. Sogar Alimentationsforderungen können dort geltend gemacht werden, soweit sie aus Forderungen aus Arbeitseinkommen abgeleitet werden können.

Frau Lulu F. ist die zweite Frau ihres Mannes. Sie ist Inhaberin eines Geschäftes für technische Artikel, ihr Mann steht ihr als Prokurist zur Seite. Ein Kind aus erster Ehe, für das der Mann sorgen muß, ist bei der Großmutter untergebracht. Der Pfleger des Kindes klagt nun eine Alimentationsrestforderung von 390.50 RM. ein, die in Raten von 50 und 60 RM. bezahlt werden sollen. Ein dementsprechender Vergleich kommt zustande.

Die minderjährigen Kinder des Vertreters D. waren weniger gut daran. Auch hier wollte der Pfleger ein vollstreckbares Urteil haben. Der Vertreter der Weinfirma, bei der D. tätig ist, führte aber aus, daß dieser ein selbständiger Agent ist. Das Arbeitsgericht ist zuständig in allen Fällen, wo bei Vertretern ein Arbeitsverhältnis vorliegt, das ähnlich dem eines Arbeitnehmers ist. Hier aber lag ein solches Dienstverhältnis nicht vor, D. war nicht in der Angestelltenversicherung, er hatte auch keine Verpflichtung nur für diese Firma zu arbeiten, es ist überhaupt kein Vertrag abgeschlossen worden. Provisionen aus Aufträgen sind in diesem Fall nicht pfändbar, da D. kein Guthaben sondern Schulden bei seiner Firma hat, und demnächst zum zweitenmal den Offenbarungseid leisten wird.

Die Klage wird wegen Unzuständigkeit des Arbeitsgerichtes abgewiesen, da, wie schon erwähnt, **das Arbeitsgericht nur dann zuständig ist, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen Firma und Angestellten vorhanden ist.**

Rundfunk-Programm

Freitag, 15. Januar 1932

12.55 Nauener Zeitzeichen. 13.20 Funkwerbung. 14 Eisbericht 15 Wetterdienst. 15.35 Schiffahrtsfunk. 16.30 Wie beschäftige ich meine Kinder im Zimmer? 16.40 Soll uns die Kalenderreform einen „ewigen" Kalender bringen? 17.05 Der Mensch zweier Städte (1). Hamburg-Hannover. 17.25 Das bunte Programm. 18.35 Wie sich ein Dorf regiert. 18.55 Berufsbildung und Arbeitsschicksal. 19.25 Wetterdienst. 19.30 Stirb und werde! 20 Haydn-Sinfonie. 20.35 Unterhaltungskonzert. 22.15 Nachrichtendienst. 22.35 Aktueller Dienst. 22.45 Konzert im Kaffee Wallhof. 23.20 Eisbericht.

Sonnabend, 16. Januar

6,30 Zeitangabe. 6,45 Wetterdienst. 6,50 Morgenmusik. 7 Wiederholung der Abendmeldungen. 7,05 Eisbericht. 7,50 Wetterdienst. 11,30 Mittagskonzert. 12,10 Wetterdienst. 12,20 Börsenfunk. 12,55 Nauener Zeitzeichen. 13,15 Wetterdienst. 13,20 Funkwerbung. 14 Eisbericht. 15 Wetterdienst. 15,05 Börsenfunk. 15,35 Schiffahrtsfunk. 16,30 Unterhaltungskonzert. 18 Das bunte Programm. 19,55 Wetterdienst. 20 Lustiger Abend. 22 Nachrichtendienst. 22,30 Tanzfunk. 23,20 Eisbericht.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: C. A. Gildner, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet. —
Rotationsdruck Karl Bockelmann, Bremen.

Yorck-Nachtvorstellung der BNZ

Ungeachtet, daß der Yorck-Film in Bremen bereits längere Zeit gelaufen ist, war unsere gestrige Nachtvorstellung ein ganzer Erfolg. Vor sehr gut besetztem Hause sprach gegen 23 Uhr Pg. v. Sichart einleitende Worte zu dem großen Filmwerk. Er vergleich die geschichtlichen Vorgänge von 1812 und später mit den Tagen von heute, betonte, daß die eindringliche Mahnung der Geschichte und auch die Handlungen um den „Rebellen" Yorck zu Herzen gehen möge, denn Opfer, Pflicht, Gehorsam und Wille zur Tat seien auch heute wieder die großen Wegweiser zu neuem Deutschland. Dann rollte der gewaltige Tonfilm, über den wir bereits ausführlich berichteten. „Kämpft um Deutschlands Freiheit", das war der Ausklang des ergreifenden Schauspiels, und ein dreifacher Heilgruß dem deutschen Freiheitsführer Adolf Hitler war die Antwort der Massen. Das Horst Wessel-Lied, zu dem das Musikhaus Horst Wessel-Lied, zu dem das Musikhaus Warnke liebenswürdiger Weise die Schallplatte uns zur Verfügung gestellt hatte, schloß die wohlgelungene Veranstaltung.

Lohnsenkung bei der Nordwolle

Auf Grund der Notverordnung

Der Konkursverwalter der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei und die Textilarbeiter-Gewerkschaften haben unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister bestellten Sonderschlichters, Staatsrat Dr. Völckers, Bremen, eine Vereinbarung über die Löhne der Konzernwerke getroffen. Die Löhne sind entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung herabgesetzt worden.

Preisüberwachung in Bremen. Im Auftrage des Statistischen Landesamtes, das vom Senat mit der Prüfung und Beobachtung der Preise beauftragt ist, werde von Freitag nachmittag an, hauptsächlich in den Nachmittagsstunden, Beamte und Angestellte der Gewerbe-Aufsichtsbehörde in allen Teilen der Stadt Erhebungen über die tatsächlich bezahlten Preise machen. Die Erhebungen werden sich zunächst in erster Linie auf die Preise der Bäcker, Schlächter und Friseure, aber auch auf die Preise sonstiger Lebensmittel in den Kolonialwaren- und Grünkamläden beziehen. Die Beamten und Angestellten des Gewerbeaufsichtsamtes sind mit Ausweisen versehen, auf Grund der sie berechtigt sind, Einsicht in die Rechnungen und sonstigen Geschäftspapiere zu nehmen, um die Preissspannen festzustellen, über die an den Preisüberwachungskommissar in Berlin zu berichten ist.

Amtl. Wetterbericht

Die gestern gemeldete heranziehende Warmluft führt von neuem ein starkes Tief mit sich, das jetzt mit seinem Kern sich Island nähert. Starke Randbildungen liegen über Nordwest-Europa und Nordsee, hier ist es daher noch mild. Stärkerer Luftdruckantrieb über Großbritannien läßt vermuten, daß ein Einbruch kälterer Luft in höheren Luftschichten stattfindet, so daß die Temperatur nunmehr bald infolge kräftiger Ausstrahlung wieder mehr zurückgehen wird.

Voraussage für den 16. Januar: Mäßige bis frische Südwestwinde, rechtsdrehend, wolkig, tags mild bei Neigung zu Nachtfrost.

Aussichten für den 17. Januar: Nach Nordwest drehende, böige Winde, wechselnde Bewölkung, Schauer, kälter.

Familien-Anzeigen

Geburten:

1 S., Dr. med. Carl Deetjen und Frau Hanna geb. Seidler.

Verlobte:

Adelheid Kreß mit Wilhelm Detten; Etta Schumacher mit Gerd Hinrichs; Lotte Irene Werner mit Erich Benz.

Verstorbene:

Heinrich Carstens, 68 J.; Ida Böhm geb. Müller 65 J.; Johann Eberlein; Elise Heemsoth geb. Buß, 61 J.; Walt. Schuchardt, 20 J.; Fritz Silling, 74 J.; Emilline Edwards geb. Hadlow, 86 J.; Emma Frebel geb. Kelle, 64 J.; Bertha Wendlandt Wtw. geb. Scharff, 68 J.; Heinrich Wilhelm Meyer, 82 J.; Mathilde Behrens geb. Schomburg; Heinz Klapproth, 37 J.; Karl Moll, 54 J.; Marie Kampe geb. Diedrichs, 73 J.

Amtliche Bekanntmachungen

Der Stellmacher Karl Hein, Trabemünderstraße 5, ist zum stellvertretenden Trichinenschauer im 30. Trichinenschaubezirk (Ställe) ernannt.

14. 1. 1932. **Polizeidirektion.**

Freibankfleisch. Freitag, 15. Januar. 10—12 Uhr, gelbe Karten, 3001—3200. Pfund 20—40 Rpfg.

Versteigerung. Am Freitag, den 15. 1. 1932, nachm. 3 Uhr, sollen im Verkaufslokal des Fürsorgeamts Holzstraße 11, folgende Nachlaß-Sachen:

1 sehr gut erhaltenes Schlafzimmer mit Haarmatratzen, 1 Vitrine, 1 Büfett, 1 Kredenz, 1 gr. eichener Ausziehtisch, 4 Stühle mit Ledersitz, 1 Sofa mit Umbau, 1 Chaiselongue, 1 Damenschreibtisch, 1 kl. Büfett, 1 Teppich, 1 Eß-Service, diverse gute Bilder, vieles Haus- und Küchengerät, öffentlich meistbietend versteigert werden. Der Zuschlag erfolgt bei annehmbarem Gebot.

Fürsorgeamt.

Gerichtl. Bekanntmachungen

Zwangsversteigerungen

Die folgenden in Bremen belegene Grundstücke, deren genannte Eigentümer zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks eingetragen waren, sollen **Dienstag, den 1. März 1932, vormittags 11 Uhr,** durch das unterzeichnete Gericht im Gerichtshause, Zimmer Nr. 171, versteigert werden:

1. Im Wege der Zwangsvollstreckung:

1) Vorstadt R 38, Blatt 33, **Rastedter straße Nr. 35, des Arbeiters Wilhelm Friedrich Heinrich Seyers in Bremen,** groß 77 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus mit Laden) und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 1. Dezember 1931 —,

2) Vorstadt R 49, Blatt 539, **Landwehrstraße Nr. 94, der Witwe des Kaufmanns Georg Gustav Nathjen, Auguste Lydia Katharina, geborenen Hübner, in Bremen,** groß 472 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus mit Laden), Vorhof, Einfahrt und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 18. April 1931 —,

3) Vorstadt R 53, Blatt 1222, **Wachholderstraße Nr. 50, der Ehefrau des Kernmachers Karl Tiekhaut, Frieda Sophie Elisabeth, geborenen Meier, in Bremen,** groß 55 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus) und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 28. November 1931 —,

4) Vorstadt R 59, Blatt 416, bestehend aus: 1) **Vor dem Steintor Nr. 11A,** Gebäuderaum (Wohnhaus, Schankwirtschaft), groß 124,5 qm, 2) **Linienstraße,** gemeinschaftlicher Gang, groß 14 qm, zu einem Viertel Anteil, **des Wirts Johann Christian Schmidt in Bremen,** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 22. Dezember 1931 —,

5) Vorstadt R 87, Blatt 6, **Straßburgerstraße Nr. 16, des Kaufmanns Walter Eduard Stehn in Bremen,** groß 328 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorhof und Garten, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 22. Dezember 1931 —,

6) Vorstadt R 88, Blatt 22, **Franz-Liszt-straße Nr. 15, des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Weber in Bremen,** groß 283 qm, Gebäuderaum (Wohnhaus), Vorgarten und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 22. Dezember 1931 —,

7) Vorstadt R 12, Blatt 533, bestehend aus: 1) **Bahnstraße Nr. 98,** Gebäuderaum (Wohnhaus), Hofraum und Lichthof, groß 704,5 qm, 2) **Mainstraße hinter Nr. 6,** Gebäuderaum (Fabrikgebäude), groß 64 qm, **des Briefkasten Heinrich Hermann Huntemann in Bremen** — Versteigerungsvermerk eingetragen am 19. Dezember 1931 —.

2. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft:

8) Vorstadt R 50, Blatt 128, **Gustav-Adolfstraße Nr. 3, der Witwe des Schiffsführers Heinrich Carl Eduard Meyer, Johanne Adeline, geborenen Fastje in Bremen, Beisitzwitwe,** groß 123 qm, Gebäuderaum (Wohn- und Geschäftshaus), Vorhof und Hofraum, — Versteigerungsvermerk eingetragen am 17. Oktober 1931.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, möglichst bald an der Gerichtsstelle des Amtsgerichts im Gerichtshause, Zimmer Nr. 14, spätestens aber im Versteigerungstermine, vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

13. 1. 32. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll im Bezirk des Amtsgerichts Bremen befindliche, im Binnenschiffsregister des Amtsgerichts Minden unter Nr. 222 verzeichnete, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Schiffseigners Ernst Liebe in Schlüsselburg Nr. 2 eingetragene Radschleppdampfer „Schlüsselburg" mit Boden und Boren aus Eisen, erbaut 1857 in Buckau, Tragfähigkeit 91 Tonnen, Stärke der Maschine 200 Pferdekräfte,

Dienstag, den 1. März 1932, vormittags 11 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht im Gerichtshause, Obertorstraße, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 171, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 30. Dezember 1931 in das Schiffsregister eingetragen.

Es ergeht an die Schiffsgläubiger und sonstigen Berechtigten die Aufforderung, **Rechte,** soweit sie zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Schiffsregister nicht ersichtlich waren, möglichst bald an der Geschäftsstelle des Amtsgerichts im Gerichtshause, Zimmer Nr. 14, spätestens aber im Verteilungstermine anzumelden, widrigenfalls sie bei der Verteilung des Versteigerungserlöses nicht berücksichtigt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

13. 1. 1932. **Amtsgericht.**

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft J. H. Pietor in Bremen ist am 12. Januar 1932 nach rechtskräftiger Bestätigung eines Vergleichs aufgehoben worden.

14. 1. 32. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts.**

Leistungsfähiges Wäscheaussteuer-Versandhaus

d. Niederlauf. Textilindustrie vergibt noch einige **VERTRETUNGEN** (auch an Damen). Meldungen an:

Ernst Schölzke & Comp., Soran N.

Flotter Stenograph u. Maschinenschreiber. Stenographie **400-420 Silben in der Minute** sucht per sofort wegen Wohnungsveränderung Stelle in Bremen im Anwaltsbüro o. sonstigen Betriebszweigen. Ang. an d. Verlag d. Bl.

Hinein in die SA

Schauspielhaus

Heute

Heute 8, Ende 10.35: Serie G/11

Der unerhörte Schauspielerfolg. Gekrönt mit dem Volkstheaterpreise in Wien

Der Graue

Schauspiel von Friedrich Forster

Dieses Werk muß jeder Bremer sehen

Sonnabend, abends 8 Uhr **Der Graue**

Sonntag, morgens 10 Uhr: **Theater für die tätig. Jugend 1. Zug**

Sonntag, nachmittags 4 Uhr Letztes Gastspiel Herta Windschild **Intimitäten**

Lustspiel von Noel Coward (Halbe Preise)

Sonntag, abends 8 Uhr Der entzückende Lustspielabend **Das Geschäft mit Amerika**

Hierauf: **Satans Maske**

Sonnabend, nachmittags 4½ Uhr: Zum 30. Mal wegen der ungeheuren Nachfrage **Das dumme Englein**

von Vicki Baum (Ganz kleine Preise)

Stadttheater

Heute

Freitag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung für die Deutsche Bühne e. V. **Die Journalisten**

Sonnabend 15 Uhr, Vorstellung für die höheren Schulen: **Der Barbier v. Sevilla** (Karten zum Preise von 50 Pfg. bis 2 Mk. im Abonnementsbüro)

20 Uhr, 98. Abonn.-Vorstellung: (Zum 75. Geburtstage des Komponisten.) **Der Evangelimann**

Oper in 3 Aufzügen von Wilhelm Kienzl.

Sonntag, 15 Uhr, 49. Nachmittags-Vorstellung **Hänsel und Gretel**

hierauf: **Die Puppenfee** (Kleine Preise: 40 Pfg. bis 3 Mk.) Kinder die Hälfte

19,30 Uhr, 99. Abonn.-Vorstellung In neuer Einstudierung: **Die Kaiserin**

Operette in 3 Akten Musik von Leo Fall

In den Centralhallen

Düsternstraße:

Volkstüml. Vorst. des Stadttheaters

Sonntag, 17. Jan., 20.15 Uhr Der köstliche Schwank **Der Weg zur Hölle** oder: **Die tolle Lola**

Kleine Preise!

Stadttheater

Sonntag, 15 Uhr, 49. Nachmittags-Vorstellung

Hänsel und Gretel

Hierauf:

Die Puppenfee

Ganz kleine Preise: 40 Pfg. bis 3 Mk. Für Kinder die Hälfte

Der größte Lachschlager des Jahres!

Der Hauptmann von Köpenick

Titelrolle: MAX ADALBERT

Metropol 3³⁰ 6 8³⁰

Ein ergreifendes Erlebnis für jeden Deutschen:

Yorck

mit Werner Krauss, Rudolf Forster, Grete Mosheim, Hans Rehmann

Kaiser 5 8¹⁵

Jugendliche haben in beiden Theatern zu den Nachmittags-Vorstellungen Zutritt

Neue Limousinen Selbstfahrer Auto-Meyer Weser 84503

Fahrschule Edmund Will Georgstraße 65 Roland 7341

Gebt die BNZ weiter!

Unterricht

Jung. Akademiker gibt energische Nachhilfe. Angebote u. B 263

Deutsche Bücherei Bahnhofstraße 1

1932 Januar 16 Sonnabend

Eröffnung

Nationalsozialistische Bücher Zeitschriften, Zeitungen

Sonderheit: Leihbibliothek Deutscher Literatur

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Mitgliederversammlung

Mittwoch, den 20. Januar. Beginn 20,30 Uhr im großen Casino-Saal. Einlaß nur gegen Ausweis. Erscheinen ist Pflicht.

NSDAP, Ortsgruppe Bremen

Arbeit schaffen ist Staatspflicht

Über dieses Thema spricht Pg. Müller, Bremen heute im kleinen Casino-Saal

Unkosten-Beitrag 30 Pfg. **NSBO**

Aus Bremen Stadt und Staat

Heinrich Carstens †

Der Obmann des plattdeutschen Landesverbandes Heinrich Carstens ist nach kurzer, schwerer Krankheit am 12. Januar gestorben. Nur wer der plattdeutschen Bewegung nahesteht, kann ermessen, wie groß die Lücke ist, die durch den Tod dieses Mannes in der plattdeutschen Bewegung entstanden ist. Ist doch mit Heinrich Carstens einer der Gründer des plattdütschen Vereens dahingegangen. Aus treuer Heimatliebe heraus, gründeten Heinrich Carstens, Georg Droste und Heinrich Warncke den Verein, der heute alle Plattdeutschen Bremens umfaßt. Heinrich Warncke weilt schon seit einigen Jahren nicht mehr in unserer Mitte, aber bis über das Grab hinaus hielt Carstens dem Freunde die Treue, die die hervorragendste Seite im Charakter dieses echt deutschen Mannes war. Er war treu der Heimat bis an sein Lebensende, wie er den Menschen treu war, die er als echt erkannte. Wie leuchteten seine Augen, wenn er von Verden, seinen Heimatsort, sprach, wie fest stand er zu den Menschen, denen er in Freundschaft verbunden war.

Seine ganze Liebe aber schenkte er der Heide. Heidewanderungen gaben ihm den Impuls für sein schriftstellerisches Schaffen. Wer erinnerte sich nicht seiner „Heideprinzeß", wer hat nicht mit Freuden die feinsinnigen Plaudereien in den plattdeutschen Monatsheften gelesen? Wanderungen in die Heide waren dem rastlos tätigen Manne Erholung und Freude. Früher, als Heinrich Warncke noch lebte, gingen die Freunde zusammen und manches Gespräch durch den Zauber der Heide angeregt, fand später seinen Niederschlag in Wort und Schrift zur Förderung des Vereins, dem er mit ganzer Kraft diente.

Heinrich Carstens ist 68 Jahre alt geworden. An seiner Bahre trauern Gattin und Tochter, der einzige Sohn blieb als Fliegerleutnant vor dem Feind. Mit den Angehörigen beklagt die plattdeutsche große Gemeinde der Niederdeutschen den Tod Heinrich Carstens, der mit seiner ganzen Kraft seinem Lebenswerk, dem Plattdütschen Vereen diente. Er war der „Stürmann", der mit Umsicht und fester Hand den Verein leitete. Das Steuer ist ihm aus der Hand genommen, für die trauernden Plattdeutschen muß es heißen: „Treue um Treue". Die Treue, die er der niederdeutschen Bewegung hielt, soll ihm vergolten werden. Was er schuf, wird in seinem Sinne weiter geführt werden, das soll und das wird der Dank des Plattdütschen Vereens an seinen lieben „Stümann" Heinrich Carstens sein.

Konjunkturpolitiker

Wieder war in Habenhausen eine Hochzeit und wieder trat der Bananengeneral Oskar Drees auf. Aber diesmal sang er nicht das für eine Sklarekjacke immerhin etwas merkwürdige Lied: „Stolz weht die Flagge Schwarz-weiß-rot an unsres Schiffes Mast, dem Feinde weh, der sie bedroht, der diese Farben haßt", wie er es damals tat, obwohl er in seinem jetzigen Leib- und Magenblatt der „Volkszeitung" behauptete, es wäre die Internationale gewesen. Nach einem gewissen Grade des Zutrinkens ist es eben nicht mehr leicht, die Internationale vom Flottenlied zu unterscheiden! Diesmal sang er aber das Flottenlied nicht, sondern er erhob sich und redete. — Von den schönen Tagen, die er früher in Habenhausen verleben durfte, von den Freunden, denen er sich auch heute noch auf das Innigste verbunden fühle, **leider sei jetzt die böse Politik dazwischen und habe ihn in anderes Lager geworfen, aber er sei doch im Herzen noch derselbe.**

Seinen Worten konnte man die Sehnsucht entnehmen, wieder im „nationalen Lager" in Gnaden aufgenommen zu werden, er wollte ja auch kein „Führer" sein, nur leben wolle er, leben. Der arme Oskar hat solche Angst, wenn auf der Werderhöhe zwei junge Leute miteinander flüstern, dann gilt das nur ihm, die beiden wollen sicher sein Häuschen in die Luft sprengen und wenn gar im Kaffee Finke wieder zwei miteinander flüstern, dann ist todsicher anzunehmen, daß es zwei Nazis sind, die ihn umbringen wollen. So kommandiert er Alarm, da werden Feldwachen eingerichtet, da werden Doppelposten ausgestellt. Noch hat er ja Schutz, noch gibt es so etwas wie eine Eiserne Front, hinter der er sich verstecken kann, **aber sie bröckelt, hier fällt eine Schraube heraus, dort eine Niete, dort gar eine ganze Platte.** Die Zeit naht, wo die ganze Eiserne Front nur noch Schrottwert hat und Oskar sieht, daß diese Zeit näherrückt. — Wie gern möchte er jetzt wieder das werden, was er in seiner glücklichen Habenhausener Zeit war, ein **Hurra-Patriot,** leider sind aber die Nationalsozialisten aus einem anderen Holze geschnitzt, die haben Eisen im Blut, die haben Rückgrat, die sind durch Blut und Terror gegangen und haben ein steifes Genick und einen harten Schädel, die haben für das Sehnsuchtsgeflüster nur wenig Verständnis, die fragen nur kurz und hart, **„Wo ist unser Kamerad Decker? Warum hast du das Reichsbanner alarmiert, wo du doch nach der Aussage des SAP.-Mannes Stockhinger wußtest, daß die Nazis nicht im Anmarsch waren, daß das Gerücht erlogen war? Warum nahmst du es trotzdem auf deinen Eid, daß du diesem Gerücht Glauben schenktest? Möchtest du so gerne mit dem Staatsanwalt in Konflikt kommen?**

Wir legen keinen Wert auf deine Person, denn wir lieben solche schwankende Gestalten nicht, **die gestern für den Kaiser, heute für die Republik fechten und die jetzt gar zu gern auch in der braunen Armee Hitlers Dienst tun möchten, um den Anschluß nicht zu verlieren.** Wir siegen doch, du würdest uns dazu nicht helfen können und hindern kannst du uns erst recht nicht.

Sektion Westen. Der zweite Sprechabend der Sektion Westen findet heute, Freitag, 15. Januar, abends 20.30 Uhr, im Restaurant Richter, Nordstraße 51, statt. Wir bitten um pünktliches Erscheinen aller Parteimitglieder, auch sind uns eingeführte Gäste stets willkommen. Anschließend Amtswalterbesprechung.

Sektion Neustadt, Distrikt Nord. Heute Freitag, 20.30 Uhr, Kaiserhalle, Gr. Allee 9, Distrikt-Versammlung. Redner: Pg. Dr. v. Hoff. Thema: Kultur und Rasse.

Attentat auf einen SA.-Mann. Am Dienstagabend wurde ein SA.-Mann, als er nachts um 12 Uhr seine in der Buchtstraße gelegene Wohnung betrat, mit einer Karbidflasche geworfen. Als mutmaßliche Täter kommen nur in der Nachbarschaft wohnende Reichsbannerangehörige in Frage.

Eröffnung der „Deutschen Bücherei". Am Sonnabend, dem 16. Januar, wird in der Bahnhofstraße Nr. 1 die „Deutsche Bücherei" eröffnet. Die „Deutsche Bücherei" macht es sich zur Aufgabe, der vaterländischen und nationalsozialistischen Bewegung zu dienen. Alle für die Bewegung bedeutungsvollen Werke, Zeitschriften und Zeitungen sind hier erhältlich.

Um aber auch denjenigen, deren Geldmittel für die Neubeschaffung von Büchern nicht ausreichen, Gelegenheit zu geben, sich über alles Wissenswerte in der Bewegung eingehend zu unterrichten, hat die „Deutsche Bücherei" eine Leihbibliothek eingerichtet. Sämtliche Werke sind neu und für wenig Geld zu entleihen. Durch diese Einrichtung hofft die Bücherei ganz wesentlich der nötigen politischen Aufklärung und der großen vaterländischen Bewegung nützlich zu sein. Eine solche Bibliothek ist für Bremen gänzlich neu, und wird sich ganz zweifelsohne eines außerordentlich regen Zuspruchs zu erfreuen haben.

Deutsche meidet das Russen-Oel

Wir veröffentlichten vor einigen Tagen einen Artikel „Die Derop und die KPD." und konnten durch verschiedene Zuschriften mit Genugtuung feststellen, daß wir mit unseren Ausführungen das Richtige getroffen haben. Es dürfte über die politische Abhängigkeit dieser Oelvertriebsgesellschaft wohl kein Zweifel bestehen. Besonders, wenn man die in der gestrigen Nummer der „WAZ." erschienenen Ausführungen des Allgemeinen Deutschen Oelhändlerverbandes liest. Trotzdem wagt es die „Derop" mit einem plumpen Täuschungsversuch die von uns aufgestellten Behauptungen zu entkräftigen. Unter anderem schreibt sie: „Die „Derop" AG. vertreibt ihre Produkte nach rein kaufmännischen Grundsätzen, so daß die Behauptung, daß die „Derop" AG. irgendwelche Organisationen unterstützt haben sollte, unwahr ist". Wir können uns dieser Binsenlogik leider nicht anschließen, denn das eine schließt doch das andere nicht aus. Im übrigen haben wir mit der gleichen Post ein Schreiben von einem früheren „Derop"-Angestellten bekommen, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

„Als ehemaliger Angestellter der „Derop" haben mich die verschiedenen Artikel in nationalsoz. Zeitungen gegen dieses Unternehmen ganz besonders interessiert und gleichzeitig habe ich es sehr bedauert, daß die gegen die „Derop" erhobenen Vorwürfe fast stets widerrufen wurden. Ganz zu Unrecht!! Im folgenden möchte ich meine Wahrnehmungen, die ich während meiner Tätigkeit bei der „Derop" sammelte, kurz niederlegen, bezw. den Beweis erbringen, daß diese Firma kommunistisch ist.

Im Februar 1930 wurde die Besetzung der öffentlichen Tankstelle am Buntentor in verschiedenen Zeitungen neu ausgeschrieben. Gesucht wurde eine Firma oder irgendeine Persönlichkeit, die die Gewißheit für einen guten Betriebsstoff-Umsatz garantierte. Die Hauptbedingung war, daß 1500 RM. Kaution gestellt wurden. Auf die Anzeigen meldeten sich eine ganze Anzahl seriöser Firmen und Fachmänner. Wer beschreibt mein Erstaunen, als drei Tage nach Erscheinen der Anzeige ein Bursche von 20 Jahren mit einem Briefe der Direktion in Hamburg erscheint, aus dem zu ersehen war, daß der Vorzeiger der neue Tankstellenwart sei. Der Mann hatte von Betriebsstoff keinerlei Ahnung und am allerwenigsten konnte er keine Kaution stellen. Aber: Er war eingeschriebenes Mitglied der KPD. ! ! ! ! !

Zu Anfang des Jahres 1930 wurde ein Bürobeamter sowie eine Stenotypistin abgebaut und deren Arbeiten mußte ich außer meiner bisherigen auch noch übernehmen, obwohl ich schon äußerst mit Arbeit überlastet war und oftmals bis in die Nacht hinein Ueberstunden machte, so daß u. a. die Gewerbepolizei schon dieserhalb nach dem Rechten sehen mußte. Diese Mehrarbeit konnte ich auf die Dauer nicht bewältigen und ich ersuchte den Geschäftsführer, Abhilfe zu schaffen, was er mir auch versprach. Aber irgendeine Hilfe erhielt ich nicht. Gelegentlich eines Besuches eines leitenden Herren der Hamburger Direktion mußte ich mir sagen lassen, daß man seit einiger Zeit mit meiner Leistung nicht zufrieden wäre, worauf ich die Gründe hierfür anführte. Am 26. Februar war der 1. Direktor in Bremen anwesend, der mir in Gegenwart des Geschäftsführer sagte, daß er mich für einen ehrlichen, fleißigen Menschen halte und unter Handschlag versprach, daß, solange er 1. Direktor wäre, mir nichts passieren könne und ich meiner Stellung sicher sei. Prompt zwei Tage darauf wurde ich gekündigt mit der, Begründung, man müsse sich nach einer qualitativ besseren Kraft umsehen. Die Kündigung war unterschrieben von den Vollmachten der Herren Molokanoff und Vogel nichts machen könne. Dabei war Vogel noch vor nicht allzulanger Zeit von Beruf Tischler! Der Haken war dabei der, daß ein inzwischen eingesetzter Beamter (nicht zu meiner Unterstützung) ebenfalls Kommunist war, und der hatte herausgefunden, daß ich Nationalsozialist war.

Noch im Monat Februar, während ich noch bei der „Derop" tätig war, wurden außer dem bereits vorher genannten Kommunisten, ein weiterer Beamter und eine Stenotypistin eingestellt. Wohlgemerkt: Erst, nachdem ich gekündigt war. Man hat also systematisch darauf hingearbeitet, mir meine Obliegenheiten unmöglich zu machen, um so einen Grund zur Kündigung zu haben.

Heute sind außer den obengenannten Beamten ein weiterer Kommunist sowie ein Russe als Leiter beschäftigt.

Aus all dem Gesagten dürfte einwandfrei zu entnehmen sein, daß die „Derop" Russen und Kommunisten bevorzugt und speziell Nationalsozialisten „gefrühstückt" hat.

Gislux

EINE DEUTSCHE BEWEGUNG

von E. CZECH-JOCHBERG

18. Kapitel

Der rasende Gerichtssaal

Verteidiger und Angeklagte als Staatsanwälte — Kahr und Lossow im Trommelfeuer — Der Triumph Hitlers

Hitlers Ruf von der Anklagebank: „Die Leitung des politischen Prozesses gegen die Novemberverbrecher habe ich. Das war mein Reservat und wird mein Reservat bleiben, wenn nicht jetzt, so in Zukunft", dieser Satz schwirrte in allen deutschen Blättern.

In Leitartikeln und vierspaltigen Ueberschriften fiel die Presse ganz Deutschlands in den immer höhnischer, immer verächtlicher ertönenden Ruf der Verteidiger: „Wo ist Kahr?"

Schon während der Vernehmung des Generals von Lossow, als der Vorsitzende Neidhardt mitteilte, daß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sei, hieß es plötzlich: „Kahr ist verreist."

Wie ein Funke sprang es von Tisch zu Tisch, sprang hinüber ins Publikum: „Kahr verreist?"

Der Vorsitzende teilte mit, daß Kahr nicht verreist sei.

„Aber krank", sagte jemand. Er werde morgen erscheinen.

Da ging es wie eine Welle durch den Saal.

Schon um halb neun ist der Raum voller Menschen. Um neun wird es mit einem Male still. Kahr betritt den Saal.

Orientiert sich rasch. Streift mit einem Blick, der ganz kurz aufblitzt und rasch wieder verlöscht, die Anklagebank.

Der Vorsitzende bittet Kahr, näherzutreten. Es folgen die üblichen Fragen und Feststellungen.

Unter anderem, daß Kahr als Regierungspräsident und Staatskommissar für Oberbayern noch Vollzugsgewalt besitzt . . . und daß er einundsechzig Jahre zählt.

Noch immer hält der Saal den Atem an.

Ein wenig befangen beginnt Kahr seine Darstellung. Sein Programm sei gewesen: „Gesundung des Deutschen Reiches durch Schaffung gesunder Einzelstaaten . . ."

Die Angeklagten horchen auf, die Anwälte blicken von den Akten auf.

„Eine gesunde Dezentralisation", sagt er plötzlich, aber er schwächt seine Worte wieder ab, indem er hinzufügt: „Im Sinne Bismarcks."

„Ein überparteiliches Direktorium schwebte mir vor."

Da schnellt Hitler von seinem Sitz auf, beugt sich weit über die Bank: „Wann wurde die Schaffung der Stellung eines Generalstaatskommissars beschlossen?"

Kahr fühlt hundert Augenpaare auf sich gerichtet.

Das Publikum, der Gerichtshof, die Anwälte spüren den Zweikampf, Hitler machte den ersten Ausfall.

Kahr parierte nicht, ließ die Klinge sinken: „Ich weiß nicht," sagte er. Der Saal wurde unruhig.

Hitler holte zum zweiten Stoß aus: „War das nach, war das infolge der vierzehn nationalsozialistischen Massenversammlungen?"

Kahr wird unsicher: Er könne es wirklich nicht sagen.

Hohn zieht über die Gesichter auf der Anklagebank.

Da springt Roder auf. In den Saal gellt seine Frage: „Der Vollzug von Reichsgesetzen stand Ihnen zu, Herr von Kahr. So haben wir doch von Ihnen selbst gehört . . . Wenn Ihnen dieser Vollzug zustand, warum, warum, frage ich Sie, haben Sie denn Kapitän Ehrhardt nicht verhaftet? Warum nicht Heiß und Roßbach?"

Da fällt dem Angreifer jemand ins Wort. Es ist der Verteidiger Holl. Als ob er zu spät käme, wenn er nicht losstieße: „Warum haben Sie die bayerischen Regimenter der Reichswehr verpflichtet?"

Kahr schweigt, sieht immer nur auf den Vorsitzenden, der verlegen in dem Aktenberg vor sich stochert.

Holl aber holt zu neuem Stoße aus: „Warum ließen Sie das Reichsbankgold in Nürnberg beschlagnahmen?"

Und wieder schweigt Kahr. Das Publikum, die Richter, die Staatsanwälte sind verlegen, möchten sich am liebsten unter den Bänken verkriechen. Es ist, als ob auf der Bühne eben plötzlich ein Schauspieler seine Rolle nicht mehr weitersprechen könnte.

Aber Holl schießt noch einen letzten Pfeil auf den Schwerverwundeten ab: „Warum haben Sie Versetzungen von Reichswehroffizieren, die vom Berliner Reichswehrministerium befohlen waren, sabotiert?"

Es war unerträglich, einfach unerträglich, dieses Schweigen, diese hilfesuchenden Blicke Kahrs.

Aber Holl raste weiter: „Was wollten Sie mit dem „Losschlagen in Thüringen am 3. November" sagen? Damals waren doch Thüringen und Sachsen längst ruhig?"

„Was sprachen Sie mit dem Redakteur des „Hammer", Fritsch?"

Jetzt erst erwachte Kahr: „Ich habe mit Fritsch nicht gesprochen."

Da fährt Justizrat von Zezschwitz auf: „Ich war doch selbst Zeuge dieses Gesprächs?"

„Warum sagten Sie", schlug Holl weiter, „zu Alfred Roth, dem Stuttgarter Verleger: „Ich kann nicht mehr länger warten?"

Auf all dieses antwortete Kahr — nichts.

Nach der Vertagung der Verhandlung stieg Kahr langsam die Treppen des Gerichtsgebäudes hinab.

Allein. Die Menschen wichen von seiner Seite . . . bildeten eine weite Gasse.

Am nächsten Morgen erzählt der Rechtsanwalt Holl im Saale eine nette Geschichte, die sich auf dem Bayernhause, dem Corpshause neben dem Hofbräuhaus, zugetragen hatte.

Der ganze große Kneipsaal sei voll gewesen, und Kahrs bester Freund, Baron Aufseß, habe eine Rede gehalten, zu der dieser ihn bevollmächtigt hätte.

„Das kann ich euch verraten", hatte Aufseß in das aufgewühlte Meer von Begeisterung hineingeschrien, „daß Kahr mit der Lunte vor dem Pulverfaß sitzt, bereit, es zum Springen zu bringen. Dann ist es aus mit der Berliner Judenregierung und dem Matratzeningenieur an der Spitze."

Kahr sagte nichts. Dann spricht er doch: „Ich habe Baron Aufseß nicht bevollmächtigt, eine solche Rede zu halten."

(Fortsetzung folgt.)

Volk und Wirtschaft

Die Erbsünde

Der Haushalt nur scheinbar ausgeglichen — Bange Fragen vor der Lausanner Konferenz

Die einzige durchschlagende Begründung für den Erlaß der vierten Notverordnung war die so oft vergeblich erstrebte Sicherung des Reichshaushalts. Sein Ausgleich sollte das eigentliche Ziel der Notverordnung sein, um für die großen internationalen Verhandlungen in diesem Punkte auf festem Boden zu stehen. Was der Haushalt mit der Außenpolitik zu tun haben könnte, ist nicht jedermann auf den ersten Blick klar. Es wird auch schwer sein, eine sachliche, allgemeinverständliche und einleuchtende Begründung dafür zu geben. Ordnung des Haushalts bleibt natürlich die Voraussetzung für die ungestörte Abwickelung der inneren Wirtschaft. Diese erfuhr von der Haushaltsseite her im Verlauf des letzten Jahrzehnts oft Nieren- und Magenkrämpfe in raschem Wechsel, bis es eben trotz all dieser Stärke im „Nehmen" nun zur Auszählung, zur Wirtschaftkrise gekommen ist.

Wenn die Regierung und voran der Reichsfinanzminister mit so auffallender Wichtigkeit die Nützlichkeit und Dringlichkeit der vierten Notverordnung für einen ausgeglichenen Haushalt und im Zusammenhang damit für die internationalen Verhandlungen betonten, dann schwebte ihnen aber noch etwas anderes vor. Das ist die Erinnerung an die ersten Haager Youngplan-Verhandlungen. Damals entsandte Deutschland einen Finanzminister zu seinen Schicksalsverhandlungen, der keinen geordneten Haushalt hinter sich wußte und überhaupt nicht sah, wovon er die damalige marxistische Interessenpolitik ernähren könnte. Der Mann heißt Hilferding.

Die Finanzlage Deutschlands, für die er verantwortlich war, erschien ihm so aussichtslos, so fragwürdig, so voller für ihn unübersteigbarer Hindernisse, daß er sich nicht einmal mehr auf die Finanzverhandlungen im Haag vorbereitete. Als er Auskünfte über die Finanzlage Deutschlands geben sollte, erklärte sich dieser höchste zuständige Beamte in Finanzdingen als ununterrichtet und überließ es Wirth und Stresemann, für ihn einzuspringen, so recht oder schlecht das möglich war. Diese bürgerlichen Minister empfanden in jenen Stunden aus tiefstem Herzensgrunde, was es heißt, einem marxistischen Funktionär die Finanzen eines Reiches mit 65 Millionen Menschen anzuvertrauen, zogen aber aus ihren fürchterlichen Erfahrungen nicht den rechten Schluß, warfen den Marxismus nicht verdientermaßen zum Tempel — in gewissen Punkten buchstäblich — hinaus, sondern gestatteten ihm, weiter zu machen.

Hilferding hatte keinen ausgeglichenen Haushalt, ließ die Finanzen in eine so entsetzliche Unordnung geraten, weil er sich die Meinung bildete, daß der Reichsfinanzminister nicht zu arbeiten brauche, wenn die Haager Konferenz ihm die Arbeit abnehme. Von Hilferding mußte wahrscheinlich Severing, daß man mit einer halben Milliarde Tributnachlaß zufrieden sein wolle und legte — natürlich unbewußt, aber mit umso schwerer wiegender Verantwortlichkeit, in seiner Flensburger Rede auch dem Auslande diesen Aberglauben nahe. Mit diesem Dolch der

marxistischen Tributnachlaßthese

im Rücken mußte dann der bedauernswerte Dr. Schacht in den Pariser Beratungszimmern umherlaufen, während gleichzeitig der Fraktionsführer der Sozialdemokratie des Reichstags, Dr. Breitscheid, im Zentralorgan seiner Partei noch seine Pfeile — erlaubt die Notverordnung sie vergiftet zu nennen? — auf Schacht abschoß. **Hilferding glaubte eben, mit einer halben Milliarde Mark Tributnachlaß den Reichshaushalt ausgleichen zu können.**

Er wäre der Letzte gewesen, diesen Glauben hegen zu dürfen, weil er an das Regierungsversprechen gebunden war, den zu erwartenden Haager Tributnachlaß in vollem Umfange der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke durch Steuernachlaß zuzuwenden. Anstattdessen saß er schon im Haag mit der Absicht, die Einlösung dieses Regierungsversprechens zu vereiteln. Zum Ueberfluß stieg auch noch der marxistische Reichstagsabgeordnete Keil-Stuttgart, die andere „Finanzkoryphäe" des deutschen Marxismus, in den Aemtern umher und verlangte den Einsatz der „geschenkten" halben Tributmilliarde für Wahlzwecke der Sozialdemokratischen Partei.

So kam es, daß Deutschland nicht Nein sagen konnte! Der Finanzminister mußte mit dem Haager Aberglaubens-Gebilde, der angeblichen Endlösung der Tributfrage, einverstanden sein, die Regierung mußte damals den Glauben erwecken, als habe man die „Liquidation des Krieges" erreicht, weil der Reichsfinanzminister seinen Haushalt von der guten Laune des Auslandes abhängig machte und auch mit der schlechten zufrieden sein mußte. Das ist die Erbsünde vom Haag, an der seitdem noch jede Regierung zu leiden hatte und an der noch heute das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft kranken. Man kann deshalb schon verstehen, daß die Regierung Brüning-Dietrich gerade den Haushaltsabsichten der Notverordnung eine so große Bedeutung für die künftigen Verhandlungen zuwenden.

Stehen sie aber wirklich auf festem Boden? Die Regierung bejahte diese Frage, obwohl schon eine flüchtige Betrachtung der großen ziffernmäßigen Zusammenhänge der Volkswirtschaftsabwickelung ganz außergewöhnliche Gefahren für den Haushalt erkennen läßt. Die Gehalts- und Lohnsenkung bringt einen Ausfall an Kaufkraft in Höhe von 3,5 Milliarden. Durch die Preissenkung erholt sie sich — gemessen am letztjährigen Einzelhandelsumsatz — um 2,8 Milliarden.

Der ungedeckte Ausfall von 700 Millionen Mark wird erhöht durch die Umsatzsteuerverschärfung, so daß mit einem Ausfall an Kaufkraft allein schon aus der Notverordnung von weit über anderthalb Milliarden Mark gerechnet werden muß.

Das bedeutet eine zusätzliche Arbeitslosenziffer von mindestens anderthalb Millionen. Reicht der Haushalt tatsächlich so weit, daß er dieses neue Heer von Unglücklichen in seine helfenden Arme schließen kann? Das wird niemand glauben, selbst wen er will. Die Verwaltungskosten waren und bleiben das tödliche Gift für jeden Rettungsversuch, für jede Notverordnung, die nicht mit dem Gegengift ausgerüstet ist. Die vierte Notverordnung enthält es nicht. Der Verwaltungspolyp bleibt durch sie ungeschwächt. Und auch das ist eine Erbsünde des Marxismus.

Dietrich Hauenschild.

Favag-Gestank

Aufsehenerregender Vorstoß im Favag-Prozeß.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Im Verlaufe der Montagsverhandlung im Favag-Prozeß stellte der Verteidiger Sauerbreys, Rechtsanwalt Dr. Fürst, eine Reihe Beweisanträge, durch die nachgewiesen werden soll, daß die **Schuld am Zusammenbruch der Favag** bei dem **größten deutschen Versicherungskonzern**, der Allianz, gelegen habe. Schon lange vor dem Zusammenbruch der Favag sei von der Allianz der Versuch gemacht worden, sich dem Favag-Konzern anzugliedern. Im Herbst 1928 habe die Allianz Dumbke und Becker je fünf Millionen Mark angeboten, jedoch sei dieser Versuch gescheitert. Nach dem Tode Dumbkes habe sich Generaldirektor Schmidt von der Allianz an den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der Favag, Bodenheimer, gewandt.

Zu den Beschuldigungen, die der Verteidiger Sauerbreys in der heutigen Verhandlung im Favag-Prozeß gegen den Versicherungskonzern Allianz erhoben hat, teilt die Generaldirektion der Allianz mit: „Die Allianz hat bis zum 15. August 1929 von der Gefahr des Zusammenbruches der Frankfurter Allgemeinen, der bekanntlich am 17. August erfolgte, nichts gewußt. Sie hätte andernfalls alles getan, was in ihrer Kraft stand, um den Zusammenbruch zu verhindern."

Jedenfalls ein netter Beitrag zur Illustrierung des finanzkapitalistischen Wirtschaftssystems!

Meistbegünstigung im deutsch-schweizerischen Handelsverkehr

Berlin, 13. Jan. Amtlich wird mitgeteilt:

Nachdem die schweizerische Regierung den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag gekündigt hat, fallen ab 4. Februar neben den übrigen Bestimmungen des Handelsvertrages, insbesondere die mit der Schweiz vereinbarten Zollherabsetzungen und Zollbindungen fort. In Besprechungen zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung ist jedoch festgestellt worden, daß beide Teile sich für die Zeit nach dem 4. Februar meistbegünstigt behandeln wollen. Hiernach würden im beiderseitigen Warenverkehr die dritten Staaten gegenüber herabgesetzten oder gebundenen Zölle zur Anwendung gelangen.

Genfer Theater

Zusammentritt der Sachverständigen der Kohlenindustrie in Genf

Genf, 13. Jan. Am Montag trat in Genf die Konferenz der Kohlensachverständigen zusammen, an der Vertreter der Regierungen, der Kohlenindustrie und der Kohlenarbeiter der sieben an der Kohlenfrage hauptsächlich interessierten europäischen Länder teilnehmen. Behandelt werden die internationale Lage der Kohlenindustrie und des Kohlenhandels sowie Maßnahmen zur Besserung der Lage. Von deutscher Seite nehmen an den Verhandlungen der Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium, Kralig, der Generaldirektor des Kohlensyndikats, Janus, und der Vertreter der deutschen Bergarbeiterverbände, Berger (Marxist), teil. Die Verhandlungen, die voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen werden, begannen mit einer Darstellung der Lage in den einzelnen Ländern. Generaldirektor Janus und der Bergarbeitervertreter Berger berichteten eingehend über die Lage der deutschen Kohlenindustrie.

Haushalt der Young-Not

Einsparung von 2,5 Milliarden — in der Hauptsache auf Kosten des schaffenden Volkes und der Wehrmacht

Der Reichstag hat vom Reichsfinanzminister soeben eine Zusammenstellung der am **Reichshaushaltsplan 1931** vorgenommenen Aenderungen erhalten. Daraus ergibt sich, daß die **Gesamtausgaben um mehr als 2,2 Milliarden Mark** gegenüber den ursprünglichen Etatansätzen **herabgedrückt** worden sind. Mehr als die Hälfte davon entfällt allerdings auf die äußeren Kriegslasten, von denen wegen des Hoover-Feierjahres rund 1,23 Milliarden Mk. eingespart werden konnten.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat aber darüber hinaus weitere erhebliche Kürzungen auf allen Gebieten notwendig gemacht. Im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung sind die **Steuer- und Zolleinnahmen um mehr als eine Milliarde Mark niedriger** angesetzt worden, als bei Verabschiedung des Haushalts gerechnet wurde. Dem stehen auf der Ausgabenseite allerdings auch 813 Millionen Mark weniger an Steuerüberweisungen für die Länder und Gemeinden gegenüber. Läßt man diese beiden großen Posten, **Kriegslasten und Steuerüberweisungen an die Länder**, außer Betracht, so bleiben immer noch rd. 2[illegible] Millione. Mark, die von den Sachausgaben der einzelnen Etats gestrichen worden sind. Am stärksten ist hier der **Etat für Versorgung und Ruhegehälter betroffen**, von dem 123 Millionen gestrichen wurden. Der größte Teil der Einsparungen entfällt auf die Versorgung der ehemaligen **Wehrmacht**. Hier wurden die Renten um 51 Millionen, die Hinterbliebenenrenten um 41 Millionen, die Ruhegehälter um 7 Millionen, die Kapitalabfindung um 7 Millionen, die Heilbehandlung um 3 Millionen und das Witwen- und Waisengeld auch um etwa 3 Millionen gekürzt.

Etwa 21 Millionen Mark wurden beim Finanzministerium gespart. Der größte Teil hiervon entfällt auf die Besoldungen an den Landesfinanzämtern, wie ja überhaupt bei den Einsparungen die **letzte Besoldungskürzung** eine erhebliche Rolle spielt. Beim **Ernährungsministerium** wurden 14 Millionen Mark gespart. Hier wurde der größte Teil der Etatmittel für landwirtschaftliche Betriebsumstellung und Absatzförderung, nämlich fast neun Millionen Mark gestrichen, ebenso 3 Millionen von den Mitteln zur Stützung der Schlachtviehmärkte und 1 Million von den Mitteln zur Verbilligung des Zinssatzes von Darlehen zur Förderung der Milchwirtschaft. Das **Reichsarbeitsministerium** hat zu den Einsparungen 13 Millionen Mark beigetragen. Hier wurden bei der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge 5 Millionen Mark, bei der handwirtschaftlichen Siedlung 1 Million und die Mittel für Kinderspeisung in Höhe von 3 Millionen gestrichen. Beim **Verkehrsministerium** wurden ziemlich 8, beim **Innenministerium** 3, 5, beim **Auswärtigen Amt** 1 Million Mark gekürzt. **Nicht betroffen** von den Kürzungen wurde allein der Etat des **Reichswehrministeriums. (!)** Auf der anderen Seite haben sich im Laufe des Etatjahres einige **Mehrausgaben** als notwendig erwiesen. So sind 485 Millionen Mark mehr für die Krisenfürsorge eingesetzt worden, ferner 47 Millionen Mark für die Knappschaftsversicherung und 250 Millionen als Zuschuß für die Gemeinden zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten. Insgesamt betragen die Mehransätze fast 820 Millionen Mark. Nach Abzug der Mehrausgaben von der Gesamteinsparung ergibt sich, daß der Etat für 1931 noch immer um rund 1413 Millionen Mark gekürzt worden ist.

Wir Nationalsozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß die Streichungen am Reichshaushalt **noch längst nicht radikal** genug sind. Vielfach ist **an der falschen Stelle** gespart worden, während man an manchen Stellen die Schere noch ganz anders hätte ansetzen können. Wir haben die Möglichkeit von weiteren Ersparnissen des öfteren dargelegt und wissen, daß ein **nationalsozialistischer Reichsfinanzminister** noch ganz andere Sparmöglichkeiten herausfinden wird, aber nicht nur am Haushalt des Reiches, sondern auch vielleicht noch mehr an denen **der Länder und Gemeinden, und vor allem nicht nur auf Kosten der schaffenden Schichten unseres Volkes!**

Frankreichs Erpresserpolitik

Die Antwort auf die Brüning-Erklärungen: nur bedingungsweise Verlängerung der Rediskontkredite

Berlin, 13. Jan. Der Beschluß der BIZ. nur bedingungsweise den Rediskontkredit der Reichsbank auf drei Monate zu verlängern, wogegen die französische Regierung beabsichtigt, den französischen Anteil (ein Viertel der Gesamtsumme) nur bis zum 4. März zu verlängern, ist in Berlin mit größter Ruhe aufgenommen worden. Man nimmt an, daß in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Man betont aber ausdrücklich, daß der Betrag von 200 Millionen Reichsmark (der Anteil der BIZ. selbst und der französische Anteil), dessen kreditmäßige Verlängerung äußerstenfalls nicht zugestanden werden würde, nicht geeignet sein könnte, den vom Reichskanzler dargelegten deutschen Standpunkt in der Tributfrage zu erschüttern, zumal der deutsche Standpunkt, wie dies nach einer „Times"-Meldung von dem englischen Kabinett durchaus richtig erkannt worden ist, lediglich eine Feststellung von Tatsachen, nicht aber eine Drohung bedeutete. Sollte man aber in Frankreich darauf beharren, Deutschland durch derart kleinliche Maßnahmen auf die Knie zwingen zu wollen, so würde dies nur ein Beweis dafür sein, wie hilflos man in Paris der Macht der Tatsachen gegenübersteht.

Um den Reichsbankkredit

Basel, 13. Jan. Wegen des Kredites für die Deutsche Reichsbank war, da er erst am 4. Februar fällig ist, eine Verständigung mit den daran beteiligten Notenbanken noch nicht aufgenommen worden. Es lag ja noch keine Veranlassung dazu vor. Dies wird nun in der Zwischenzeit geschehen. Von einem internen Zwischenfall im Verwaltungsrat bei der Behandlung dieser Kreditfrage, von dem die ausländische Presse wissen will, ist hier nichts bekannt. Die Verhandlungen um die Verlängerung des Reichsbankkredites in den politischen Kampf um die Tribute hineinzuziehen, wie dies von der französischen Presse geschieht, wird hier als wenig taktvoll und wirtschaftlich für keinen Beteiligten von Nutzen angesehen. England und Amerika scheinen übrigens zur Verlängerung bereit zu sein, so daß unter Umständen nur der französische Anteil zurückgezahlt werden müßte.

Die Sozialversicherung

soll weiter „reformiert" werden

Berlin, 13. Jan. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, rechnet man damit, daß das Werk der Sozialversicherungsreform, das im Reichsarbeitsministerium gegenwärtig vorbereitet wird, dem Reichstag noch bei seiner Februartagung vorgelegt werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage geprüft, ob die Grenze der Angestelltenversicherungspflicht entsprechend der allgemeinen Einkommensenkung herabgesetzt werden soll.

Kein Zweifel, daß diese „Reform" wie alle Reformen dieses Systems wieder auf Kosten derer gehen wird, die schon seit Jahr und Tag zahlen und bluten mußten.